

Beschluss

der mitgliederoffenen Kreisvorstandssitzung am 12.03.2022

Der Kreisvorstand hat beschlossen:

Entlastung von Kostenexplosion und Schutz vor Versorgungseinbrüchen

Die JUNGE UNION NORDFRIESLAND fordert:

- eine zeitlich begrenzte Befreiung von Benzin und Diesel von Umsatz-, Öko- und Energiesteuer sowie CO₂-Bepreisung.
- eine Reduzierung der Umsatzsteuer auf Heizöl von 19% auf 7% sowie eine zeitlich begrenzte Aussetzung der CO₂-Bepreisung.
- Unterstützung von Sozialhilfeempfängern und Aufstockern bei gestiegenen Nebenkosten.
- Umstellung der Grundlastträger in der deutschen Energieplanung auch durch Gasimport über das europäische Netz.
- Schnellstmögliche Errichtung und Inbetriebnahme des LNG-Terminals in Brunsbüttel mit Möglichkeiten der H₂-Nutzung und -Erweiterung.
- Eine Sicherstellung und einen Ausbau der Förderung von Erdöl durch die Mittelplate in der Nordsee auch über 2040 hinaus.
- Senkung der Planungshürden für Ausbau erneuerbarer Energien, sowohl On- als auch Off-Shore. Zudem müssen die Prospektpflichten für Windparkprojekte vereinfacht werden.
- Vereinfachung von Repowering für die bereits für Windkraft genutzten Flächen.
- Ausweitung der Landesflächen für Windkraft.
- Eine neue deutsche und europäische Strategie zur Versorgungssicherheit bei Rohstoff- und Zuliefererimporten durch Diversifizierung.

Begründung:

Die Auswirkungen des russischen Angriffs- und Vernichtungskriegs in der Ukraine hat bereits binnen zwei Wochen seit der russischen Invasion sind auch bereits in der deutschen Wirtschaft enorm spürbar. Die Kraftstoffpreise überschreiten bereits Marken von über 2,30 EUR/Liter und ein Ende ist nicht absehbar. Auch die Heizölpreise sowie Gaspreise sind nochmals enorm gestiegen. Dabei besteht die Hauptlast in Steuern und Abgaben seitens des deutschen Staates. Für Benzin beispielsweise in Summe knapp 70%.

Darüber hinaus bekommt die energiepolitische Debatte eine viel größere Versorgungstechnische Dimension und wird nochmals existenzieller.

Der Staat muss konsequent reagieren. Zum einen müssen die Bürger entlastet und vor Kostenexplosionen möglichst geschützt werden. Ein Zuruf zum Sparen und Aushalten wirkt anhand der Lebensrealität derer, die am härtesten Betroffen sind – auch der Mittelstand –, wie eine Ausrede von oben herab. Zum anderen muss der Staat die Energiewende neu denken und beschleunigen. Hinsichtlich der Grundlast und Versorgungssicherheit muss man sich ehrlich machen und Übergangstechniken stärker nutzen.